

ANLAGE B

AUSSCHREIBUNG DES LANDKREISES LINDAU (BODENSEE) EU-VERHANDLUNGSVERFAHREN MIT TEILNAHMEWETTBEWERB FÜR DEN BETRIEB EINES SCHÜLERWOHNHEIMS

Leistungs-, Entgelts- und Qualitätsentwicklungs- vereinbarung

Landkreis Lindau (Bodensee)





Leistungs-, Entgelts- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung

Zwischen

dem Landkreis Lindau (Bodensee), Stiftsplatz 4, 88131 Lindau (Bodensee), vertreten durch den Landrat, Herrn Elmar Stegmann,

– im Folgenden „**Landkreis**“ genannt –,

und

[...], Adresse, vertreten durch [...],

– im Folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt –,

– gemeinsam im Folgenden auch „**Parteien**“ genannt –

wird nachfolgender Vertrag geschlossen:

Vorbemerkung

Der Landkreis ist örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 69 SGB VIII, Art. 15 AGSG und Betreiber des Schülerwohnheims Lindau (Bodensee), Reutiner Str. 12, 88131 Lindau (im Folgenden: „Schülerwohnheim“).

Das Schülerwohnheim dient der Unterbringung von Berufsschülern und Berufsschülerinnen (im Folgenden: „Schüler“), die an der Beschulung der Staatlichen Berufsschule Lindau (Bodensee) teilnehmen. Die Staatliche Berufsschule Lindau (Bodensee) ist im Beruflichen Schulzentrum Lindau, Reutiner Str. 10, 88131 Lindau (Bodensee), integriert und führt kaufmännische, kaufmännisch verwandte, gewerblich-technische und gastronomische Klassen.

Die Grundstücke, auf denen sich das Gebäude des Schülerwohnheims befindet, und das Gebäude des Schülerwohnheims selbst stehen im Eigentum der GKWG Kreis-Wohnbau GmbH Lindau (B), Oberer Schranenplatz 6, 88131 Lindau (Bodensee). Das Gebäude des Schülerwohnheims hat der Landkreis von der GKWG Kreis-Wohnbau - GmbH Lindau (B) langfristig angemietet. Eine Betriebserlaubnis des Landkreises vom 19.07.2021 erteilt durch die Regierung von Schwaben liegt vor.

Anlage B - LEQV

Dienstleistungen des Sozialwesens - Betrieb eines Schülerwohnheims

Insgesamt existieren vor Ort 272 Betten für die Unterkunft der Schüler und ein Bett für die Nachtbereitschaft. In dem Schülerwohnheim sollen auch bis zu etwa 163 überwiegend volljährige Schüler betreut und gepflegt werden, die nicht im Schülerwohnheim, sondern in externen Unterkünften untergebracht sind (im Folgenden: „externe Schüler“). Zu diesen externen Unterkünften zählen insbesondere Ferienwohnungen, die vom Landkreis im eigenen Namen und auf eigene Kosten angemietet werden, und das Gebäude Reutiner Straße 15 (eine Wohnung) und 17 (zwei Wohnungen), 88131 Lindau:

Bislang hat sich der Landkreis zum Betrieb des Schülerwohnheims verschiedener Unternehmen bedient, die - vom Landkreis koordiniert - einzelne Leistungen im Zusammenhang mit dem Schülerwohnheim erbringen. Der Landkreis beabsichtigt, die von dritter Seite zu erbringenden Leistungen - unter Aufrechterhaltung seiner Funktion als Betreiber des Schülerwohnheims im Sinne des SGB VIII - zu bündeln.

Aus Gründen der Lesbarkeit ist in diesem Vertrag nur die männliche Sprachform gewählt worden. Alle personenbezogenen Aussagen gelten jedoch stets für alle Geschlechter gleichermaßen.

Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Parteien, was folgt:

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung.....	2
Teil 1: Gegenstand des Vertrages und Rahmenbedingungen	6
§ 1 Grundlegende Leistungspflichten	6
§ 2 Vollständigkeit der Leistungsbeschreibung und Kenntnisaufnahme.....	7
§ 3 Qualitätssicherung und Berichtspflichten.....	8
§ 4 Interne und externe Schüler.....	8
§ 5 Merkmale der internen Schüler	9
§ 6 Merkmale der externen Schüler.....	9
§ 7 Tagesablauf der Schüler.....	10
§ 8 Bauliche Rahmenbedingungen der Erbringung der Leistung	10
§ 9 Verwaltungspersonal des Landkreises.....	11
§ 10 Heimordnung	11
§ 11 Personalschlüssel	12
Teil 2: Anforderungen an das einzusetzende Personal.....	13
§ 12 Allgemeine Anforderungen an das Personal	13
§ 13 Qualifikation und Auswahl des Heimleiters.....	14
§ 14 Qualifikation der Sozialpädagogischen Betreuung.....	15
§ 15 Qualifikation der Verwaltung	15
§ 16 Nachtbereitschaft	15
§ 17 Qualifikation des Küchen- und Servicepersonals	16
§ 18 Reinigung.....	16
§ 19 Auswahl des Personals.....	16
§ 20 Allgemeine Informationspflichten des Auftragnehmers.....	17
Teil 3: Leistungspflichten des Auftragnehmers	17
§ 21 Art und Ziel des Leistungsangebots	17
§ 22 Bestandsverzeichnis.....	19
§ 23 Sozialpädagogische Leistungspflichten.....	20
§ 24 Leistungspflichten der Heimleitung	21

Anlage B - LEQV

Dienstleistungen des Sozialwesens - Betrieb eines Schülerwohnheims

§ 25 Qualitätsentwicklung	22
§ 26 Nachtbereitschaft	22
§ 27 Reinigungsleistungen	23
§ 28 Leistungen Facility Management und Services im Schülerwohnheim	24
§ 29 Verpflegung der Schüler und sonstiger Personen	25
§ 30 Mittagsbetreuung	26
§ 31 Freizeitangebote	27
§ 32 Leistungen im Zusammenhang mit externen Schülern	27
§ 33 Verwaltung des Schülerwohnheims	28
§ 34 Pflicht zur Vorlage von Konzepten	28
§ 35 Leistungszeitraum; Anderweitige Nutzung	29
Teil 3: Kostentragungspflichten und Vergütung	30
§ 36 Kostentragungspflichten des Auftragnehmers	30
§ 37 Vergütung des Auftragnehmers	32
§ 38 Anpassung der Vergütung	33
Teil 5: Sonstige Bestimmungen	35
§ 39 Weisungsrecht des Landkreises	35
§ 40 Nachunternehmereinsatz	35
§ 41 Vertragslaufzeit, Verlängerungsoption	36
Teil 6: Sorgfaltspflichten, Haftung, Versicherung, Datenschutz	37
§ 42 Sorgfaltspflichten	37
§ 43 Haftung und Versicherung	37
§ 44 Datenverwendung und Datenschutz	38
§ 45 Vertragsänderungen und Gerichtsstand	39
§ 46 Erhaltungs- und Ergänzungsklausel	39
Teil 7: Anlagen	41

Teil 1: Gegenstand des Vertrages und Rahmenbedingungen

§ 1 Grundlegende Leistungspflichten

- 1.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die in diesem Vertrag bestimmten Leistungen zur umfassenden, fachgerechten und qualitativ hochwertigen Betreuung, Unterkunft und Verpflegung der Schüler im Schülerwohnheim sowie der externen Schüler zu erbringen. Die Leistungserbringung erfolgt nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII), der jeweils gültigen Betriebserlaubnis für das Schülerwohnheim sowie der in diesem Vertrag und seinen Anlagen enthaltenen Vorgaben.
- 1.2 Der Auftragnehmer hat die Leistungen eigenverantwortlich, gewissenhaft und nach den Grundsätzen einer fachlich fundierten sozialpädagogischen Praxis zu erbringen. Er gewährleistet, dass die Leistungen unter Beachtung der Bedürfnisse und Entwicklungsmöglichkeiten der Schüler erfolgen und den in § 21 genannten Zielen entsprechen. Die Leistungserbringung ist kontinuierlich an den Qualitätsstandards auszurichten, die in den Anlagen dieses Vertrages, insbesondere im sozialpädagogischen Konzept (**Anlage 6**) und im Konzept Qualitätsmanagement/Qualitätsentwicklung (**Anlage 7**), festgelegt sind.
- 1.3 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die geschuldeten Leistungen während des gesamten Leistungszeitraums (§ 41) in der vereinbarten Qualität und im vereinbarten Umfang erbracht werden. Er trägt die organisatorische und fachliche Verantwortung für eine ordnungsgemäße Durchführung aller Leistungsbereiche, einschließlich der personellen, sachlichen und räumlichen Voraussetzungen. Der Auftragnehmer hat die zur Leistungserbringung erforderlichen Ressourcen rechtzeitig und in ausreichendem Maße bereitzustellen und deren Einsatz fortlaufend zu überwachen.
- 1.4 Der Auftragnehmer arbeitet eng und vertrauensvoll mit dem Landkreis zusammen. Er unterrichtet den Landkreis unverzüglich über wesentliche Vorkommnisse, die den Betrieb des Schülerwohnheims, die Sicherheit

der Schüler oder die Vertragserfüllung beeinträchtigen können. Die Zusammenarbeit erstreckt sich insbesondere auf die Abstimmung konzeptioneller Entwicklungen, die Qualitätsentwicklung sowie die Bewältigung von Krisensituationen.

- 1.5 Der Auftragnehmer gewährleistet eine kontinuierliche Dokumentation aller für die Leistungserbringung, die Qualitätssicherung und die Rechenschaftslegung wesentlichen Vorgänge. Die Dokumentation hat vollständig, nachvollziehbar und prüfbar zu erfolgen und ist dem Landkreis auf Verlangen zugänglich zu machen.
- 1.6 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Leistungsqualität. Er arbeitet systematisch an der Verbesserung der pädagogischen, organisatorischen und infrastrukturellen Standards und berücksichtigt dabei Rückmeldungen der Schüler, der Ausbildungsbetriebe, der Schule sowie des Landkreises.
- 1.7 Der Auftragnehmer berücksichtigt bei der Leistungserbringung die Interessen, Bedarfe und Perspektiven der Schüler in angemessener Weise und fördert deren Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen des Schülerwohnheims.
- 1.8 Der Auftragnehmer trifft geeignete Maßnahmen zur Prävention von Risiken und zur Gewährleistung der Sicherheit der Schüler. Er entwickelt und unterhält Konzepte zur Krisenbewältigung und stellt sicher, dass das eingesetzte Personal für Notfallsituationen vorbereitet ist.

§ 2 Vollständigkeit der Leistungsbeschreibung und Kenntnisnahme

- 2.1 Die vereinbarten Leistungen und Qualitätsstandards sind nach Ansicht der Parteien ausreichend und vollständig beschrieben. Sollten nach Vertragsschluss Lücken bekannt werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die fehlenden Leistungen in einer den beschriebenen Leistungen gleichwertigen Qualität zu erbringen und sich hierzu rechtzeitig mit dem Landkreis abzustimmen.

- 2.2 Dem Auftragnehmer sind die Örtlichkeiten des Schülerwohnheims, die baulichen Rahmenbedingungen sowie die externen Unterkünfte und deren Verkehrsanbindung bekannt.
- 2.3 Der Auftragnehmer bestätigt, dass durch die Vertragsunterlagen und Anlagen der Leistungsumfang ausreichend konkretisiert und umfassend definiert ist. Er bestätigt ferner, dass er unter Berücksichtigung der vor Ort gewonnenen Erkenntnisse und der eigenverantwortlichen Prüfung aller Vertragsbestandteile in der Lage ist, die geschuldeten Leistungen im vereinbarten Umfang und in der vereinbarten Qualität fachgerecht, mangelfrei und termingerecht auszuführen. Er hat sämtliche Vertragsbestandteile geprüft, als widerspruchsfrei angesehen und erklärt sein Einverständnis mit den vorgesehenen Lösungen.

§ 3 Qualitätssicherung und Berichtspflichten

- 3.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, zur Sicherung der Qualität des Leistungsangebots und zur Feststellung der Erreichung der Ziele nach § 21 Abs. 2 dem Landkreis kalenderjährlich bis zum 28.02. des Folgejahres einen Sachbericht vorzulegen, in dem dargestellt wird, ob die Ziele erreicht werden konnten.

§ 4 Interne und externe Schüler

- 4.1 Zu dem zu betreuenden Personenkreis zählen interne und externe Schüler.
- 4.2 Zu dem Personenkreis der internen Schüler zählen bis zu 272 Schüler, die im Rahmen des Blockunterrichtes an der schulischen Ausbildung an der Staatlichen Berufsschule Lindau (Bodensee) teilnehmen, und für die Dauer des Blockunterrichts gemäß § 13 Abs. 3 SGB VIII im Schülerwohnheim untergebracht sind, dort sozialpädagogisch betreut und gepflegt werden.
- 4.3 Zum Personenkreis der externen Schüler zählen gegenwärtig bis zu ca. 163 weitere Schüler, die im Rahmen des Blockunterrichtes an der schulischen Ausbildung an der Staatlichen Berufsschule Lindau (Bodensee) teilnehmen, und für die Dauer des Blockunterrichts im Schülerwohnheim

sozialpädagogisch betreut und gepflegt werden, aber dort nicht untergebracht sind, sondern in externen Unterkünften, die vom Landkreis angemietet sind. Zu diesen externen Unterkünften zählen insbesondere Ferienwohnungen und das Gebäude Reutiner Straße 15 und 17, 88131 Lindau.

§ 5 Merkmale der internen Schüler

- 5.1 Die Schüler sind männlichen, weiblichen und diversen Geschlechts mit einem Alter von 15 bis 27 Jahren. Sie absolvieren eine Berufsausbildung in den Berufsfeldern Mechatroniker für Kältetechnik (m/w/d), Packmitteltechnologe (m/w/d), Fachangestellter für Bädertechnik (m/w/d), Wärme-Kälte-Schallschutzisolierer (m/w/d), Industrieisolierer (m/w/d) oder Maschinen- und Anlageführer (m/w/d).
- 5.2 Von den bis zu 272 zu betreuenden Schülern im Schülerwohnheim sind die Mehrheit minderjährige Schüler.
- 5.3 Die Schüler haben ihren Wohnsitz überwiegend in Bayern. In einigen Fällen haben die Schüler ihren Wohnsitz auch in anderen Bundesländern, insbesondere in Baden-Württemberg, und nehmen als Gast Schüler an der schulischen Ausbildung an der Staatlichen Berufsschule Lindau (Bodensee) teil.
- 5.4 Herkunftsland der überwiegenden Zahl der Schüler ist Deutschland. Einige Schüler kommen aus anderen Herkunftsländern; diese Schüler bedürfen im Einzelfall während ihrer Unterbringung im Schülerwohnheim einer verstärkten Betreuung durch integrative und soziokulturelle Angebote zur Kompetenzentwicklung.

§ 6 Merkmale der externen Schüler

- 6.1 Die externen Schüler sind männlichen, weiblichen und diversen Geschlechts und überwiegend volljährig. Sie absolvieren eine Berufsausbildung in den Berufsfeldern Mechatroniker für Kältetechnik (m/w/d), Packmitteltechnologe (m/w/d), Fachangestellter für Bädertechnik (m/w/d), Wärme-Kälte-Schallschutzisolierer (m/w/d), Industrieisolierer (m/w/d) oder Maschinen- und Anlageführer (m/w/d).

- 6.2 Die Schüler haben ihren Wohnsitz überwiegend in Bayern. In einigen Fällen haben die Schüler ihren Wohnsitz auch in anderen Bundesländern, insbesondere in Baden-Württemberg, und nehmen als Gastschüler an der schulischen Ausbildung an der Staatlichen Berufsschule Lindau (Bodensee) teil.
- 6.3 Herkunftsland der überwiegenden Zahl der Schüler ist Deutschland. Einige Schüler kommen aus anderen Herkunftsländern; diese Schüler bedürfen im Einzelfall während ihrer Unterbringung im Schülerwohnheim einer verstärkten Betreuung durch integrative und soziokulturelle Angebote zur Kompetenzentwicklung.

§ 7 Tagesablauf der Schüler

- 7.1 Der Tagesablauf der internen und externen Schüler wird durch die Heimordnung nach § 10 bestimmt.
- 7.2 Gegenwärtig ist in der Heimordnung folgender Tagesablauf vorgesehen:
1. Frühstücksangebot - 6:45 bis 7:30 Uhr (Montag bis Freitag);
 2. Schulbesuch - 7:50 bis 12:00 Uhr (Montag bis Freitag);
 3. Mittagessen (warme Speisen) - 12:00 bis 13:15 Uhr (Montag bis Donnerstag) sowie 12:00 bis 12:15 Uhr (Freitag);
 4. Mittagsbetreuung und Hausaufgabenbetreuung - 13:15 bis 17:00 Uhr (Montag bis Freitag);
 5. Abendessen - 17:00 bis 17:45 Uhr (Montag bis Donnerstag) sowie 17:00 bis 17:15 Uhr (Freitag);
 6. Freizeitangebote - 18:00 bis 22:00 Uhr (Montag bis Freitag);
 7. Nachtruhe - 22:30 bis 6:00 Uhr.

§ 8 Bauliche Rahmenbedingungen der Erbringung der Leistung

- 8.1 Die Baulichen Rahmenbedingungen der Erbringung des Leistungsangebots im Schülerwohnheim ergeben sich aus der **Anlage 2** zu diesem Vertrag.

§ 9 Verwaltungspersonal des Landkreises

- 9.1 In den Räumlichkeiten des Schülerwohnheims befindet sich der Arbeitsplatz eines Mitarbeiters des Landkreises, zu Vertragsbeginn [...], welcher Verwaltungstätigkeiten für den Landkreis ausführt, die im Zusammenhang mit dem Betrieb des Schülerwohnheims stehen. Der Auftragnehmer hat mit diesem Mitarbeiter des Landkreises zusammenzuarbeiten, soweit dies für die Ausführung der Verwaltungstätigkeiten erforderlich ist. Die Einzelheiten regelt ein Vertrag über die Gestellung von Personal.

§ 10 Heimordnung

- 10.1 Der Landkreis ist berechtigt, im Interesse eines geordneten Betriebs des Schülerwohnheims eine Heimordnung für das Schülerwohnheim vorzugeben. In Ausübung dieses Rechts gibt der Landkreis die Heimordnung vor, die diesem Vertrag als **Anlage 3** beigelegt ist.
- 10.2 Der Landkreis ist berechtigt die Heimordnung zu ändern, soweit dies für einen geordneten Betrieb des Schülerwohnheims notwendig ist. Der Landkreis wird den Betreiber rechtzeitig vor Inkrafttreten der neuen Heimordnung, in der Regel vier Wochen zuvor, darüber informieren.
- 10.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für die Einhaltung der Heimordnung in ihrem Geltungsbereich zu sorgen und die dort angeführten Regelungen strikt durchzusetzen.
- 10.4 Für kurzfristige notwendige Änderungen der Heimordnung gilt abweichend von Abs. 2, S. 2 das Folgende:
- 10.4.1 Der Landkreis ist berechtigt, die Heimordnung auch mit einer Ankündigungsfrist von weniger als vier Wochen zu ändern oder zu unterzeichnen, soweit dies aus zwingenden Gründen erforderlich ist. Zwingende Gründe liegen insbesondere hierbei:
- 10.4.1.1 Änderungen der gesetzlichen Vorschriften, insbesondere des SGB VIII, des Infektionsschutzgesetzes oder anderer für den Betrieb des Schülerwohnheims relevanten Gesetze und Verordnungen;
- 10.4.1.2 Anordnungen der zuständigen Aufsichtsbehörden, insbesondere der Regierung von Schwaben als Heimaufsicht;

Anlage B - LEQV

Dienstleistungen des Sozialwesens - Betrieb eines Schülerwohnheims

- 10.4.1.3 Erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Schüler, insbesondere bei Infektionsschutzmaßnahmen, hygienischen Anforderungen oder in Notfällen;
- 10.4.1.4 Unabweisbaren betrieblichen Erfordernissen, die einen geordneten Betrieb des Schülerwohnheims ohne sofortige Änderung der Heimordnung gefährden würden.
- 10.4.2 Bei kurzfristigen Änderungen nach Satz 1 informiert der Landkreis den Auftragnehmer unverzüglich, spätestens jedoch drei Werktage vor Inkrafttreten der Änderung, schriftlich über die Änderung und deren Gründe.
- 10.4.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, kurzfristige Änderungen der Heimordnung unverzüglich nach Inkrafttreten umzusetzen, soweit dies ihm zumutbar ist. Ist die Umsetzung einer kurzfristigen Änderung für den Auftragnehmer nicht innerhalb der angegebenen Frist zumutbar, hat er dies dem Landkreis unverzüglich mitzuteilen und die Gründe darzulegen. Die Parteien vereinbaren dann eine angemessene Frist zur Umsetzung.
- 10.4.4 Die Änderung der Heimordnung wird dem Auftragnehmer in Textform (§ 126b BGB) mitgeteilt. Die Änderung ist wirksam, sobald sie dem Auftragnehmer zugegangen ist, sofern in der Mitteilung kein späterer Inkrafttretenszeitpunkt bestimmt ist.
- 10.4.5 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Schüler über kurzfristige Änderungen der Heimordnung unverzüglich in geeigneter Weise zu informieren, soweit die Änderungen deren Rechte und Pflichten berühren.
- 10.4.6 Die kurzfristige Änderungsmöglichkeit nach den Absätzen 1 bis 5 berührt nicht das Recht des Auftragnehmers, bei Änderungen, die zu einer wesentlichen Erhöhung des Aufwands oder zu einer unzumutbaren Belastung führen, eine Anpassung der Vergütung oder der Leistungsbeschreibung zu verlangen.

§ 11 Personalschlüssel

- 11.1 Der Auftragnehmer hat das zur vertragsgerechten Erfüllung - insbesondere in Bezug auf die geschuldete pädagogische Betreuung - erforderliche Personal in hinreichender Anzahl und mit erforderlicher Qualifikation

einzusetzen. Hierzu hat er insbesondere die Vorgaben der jeweils gültigen Betriebserlaubnis für das Schülerwohnheim und die Vorgaben des Personaleinsatzkonzeptes gemäß **Anlage 4** einzuhalten.

- 11.2 Die zu Vertragsbeginn gültige Betriebserlaubnis vom 19.07.2021 des Landkreises ist diesem Vertrag als **Anlage 5** beigelegt.

Teil 2: Anforderungen an das einzusetzende Personal

§ 12 Allgemeine Anforderungen an das Personal

- 12.1 Die Qualität der Angebote des Schülerwohnheims wird maßgeblich von hinreichend gut qualifizierten, persönlich geeigneten und belastbaren Fachkräften gesichert. Daher hat der Auftragnehmer zur Erbringung der geschuldeten Leistungen im Schülerwohnheim stets solche Fachkräfte einzusetzen.
- 12.2 Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die eingesetzten Fachkräfte nicht dem Tätigkeitsausschluss nach § 72a SGB VIII unterliegen. Zu diesem Zweck wird sich der Auftragnehmer bei der Einstellung oder Vermittlung und in regelmäßigen Abständen von den betroffenen Personen ein Führungszeugnis nach § 30 Abs. 5 und § 30a Abs. 1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen lassen.
- 12.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die eingesetzten Fachkräfte mindestens nach dem für ihn gültigen Lohntarifvertrag und dem Rahmentarifvertrag für das jeweilige Handwerk / die jeweilige Dienstleistung oder - soweit ein solcher geschlossen ist - nach dem auf den Auftragnehmer anwendbaren Haustarifvertrag oder - soweit auf den Arbeitnehmer anwendbar - nach kirchlichen Arbeitsvertragsrichtlinien (derzeit „Arbeitsvertragsrichtlinien für Einrichtungen, die der Diakonie Deutschland angeschlossen“) zu entlohnen. Soweit weitere Vorschriften zur Tariftreue gelten, sind diese ebenfalls einzuhalten. In jedem Fall sind die Mindestlöhne nach dem Mindestlohngesetz, soweit auf den Auftragnehmer anwendbar, einzuhalten. Sollte der Auftragnehmer Nachunternehmer beauftragen, ist er verpflichtet, ausschließlich solche Nachunternehmer zu beauftragen, die die vorgenannten Verpflichtungen ebenfalls erfüllen.

§ 13 Qualifikation und Auswahl des Heimleiters

- 13.1 Für die Leitung des Schülerwohnheims ist eine akademisch ausgebildete und/oder sozialpädagogische Fachkraft (z. B. Person mit Diplom in Sozialpädagogik) einzusetzen - Heimleiter (m/w/d) -, die mindestens eine dreijährige einschlägige Berufserfahrung nachweisen können.
- 13.2 Der Auftragnehmer wird als Heimleitung [...] einsetzen.
- 13.3 Die Auswechslung des Heimleiters ist nur aus wichtigem Grund zulässig und bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Landkreises in Schriftform (§ 126 BGB). Wird der Heimleiter ausgewechselt, so hat der Auftragnehmer innerhalb von 12 Wochen nach Ende der Tätigkeit des Heimleiters im Schülerwohnheim eine Person als künftigen neuen Heimleiter auszuwählen und diese dem Landkreis in Schriftform (§ 126 BGB) mitzuteilen.
- 13.4 Die ausgewählte Person hat sich dem Landrat des Landkreises in einem persönlichen Gespräch vorzustellen. Vor diesem Gespräch ist dem Landkreis mitzuteilen und zu belegen, dass das Anforderungsprofil nach Absatz 1 erfüllt wird. Zusätzlich ist nachzuweisen, dass die Person nicht dem Tätigkeitsausschluss nach § 72a SGB VIII unterliegt, insbesondere durch Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses.
- 13.5 Der Landkreis kann die ausgewählte Person ablehnen, sofern wichtige Gründe in der Person vorliegen. Diese sind dem Auftragnehmer mitzuteilen. Ein wichtiger Grund ist insbesondere dann gegeben, wenn das Anforderungsprofil nach Absatz 1 nicht erfüllt wird oder die Person dem Tätigkeitsausschluss nach § 72a SGB VIII unterliegt. Wird die Person vom Landkreis abgelehnt, hat der Auftragnehmer eine neue Person auszuwählen. Die Absätze 3 und 4 gelten in diesem Fall entsprechend.
- 13.6 Der Landkreis ist berechtigt, die Auswechslung des Heimleiters zu verlangen, falls ein wichtiger Grund vorliegt. Absatz 5 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.
- 13.7 Als Vertretung des Heimleiters ist eine Fachkraft zu bestimmen, die über eine Qualifikation nach Absatz 1 verfügt. Für diese Fachkraft gelten die Absätze 3 bis 6 entsprechend. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen,

dass die Vertretung des Heimleiters Weisungen des Landkreises entgegennimmt und umsetzt.

§ 14 Qualifikation der Sozialpädagogischen Betreuung

- 14.1 Für die sozialpädagogische Betreuung sind Fachkräfte einzusetzen, die über eine Qualifikation als Erzieher (m/w/d) oder Jugend- und Heimerzieher (m/w/d) oder eine gleichwertige Qualifikation verfügen. Sozialpädagogische Hilfskräfte dürfen für die sozialpädagogische Betreuung nur eingesetzt werden, wenn und soweit dies von der zuständigen Aufsichtsbehörde ausdrücklich genehmigt wird. Sozialpädagogische Hilfskräfte sind insbesondere solche Kräfte, die personelle Unterversorgungen beim Auftragnehmer temporär ausgleichen.

§ 15 Qualifikation der Verwaltung

- 15.1 Für die allgemeinen Verwaltungstätigkeiten und Tätigkeiten im kaufmännischen Bereich, die im Rahmen der Leistungserbringung gegenüber dem Landkreis wahrzunehmen sind, sind administrative und betriebswirtschaftliche Fachkräfte einzusetzen.

§ 16 Nachtbereitschaft

- 16.1 Für die Nachtbereitschaft ist mindestens eine Fachkraft einzusetzen, die über eine Qualifikation als Erzieher (m/w/d) oder Jugend- und Heimerzieher (m/w/d) oder eine gleichwertige Qualifikation verfügt und im Bereich der sozialpädagogischen Wohnformen nach § 13 Abs. 3 SGB VIII Berufserfahrungen von mindestens drei Berufsjahren nachweisen kann, oder mindestens eine Person, welche die zuständige Aufsichtsbehörde als tauglich für die Übernahme der Aufgabe der Nachtbereitschaft anerkannt hat.
- 16.2 Der Landkreis ist berechtigt, die Nachtbereitschaft in einen Nachtdienst umzuwandeln. Die Umwandlung bedarf einer schriftlichen Mitteilung an den Auftragnehmer. Die Umwandlung wird mit dem in der Mitteilung bestimmten Zeitpunkt wirksam, frühestens jedoch vier Wochen nach Zugang der Mitteilung.

- 16.3 Im Falle der Umwandlung in einen Nachtdienst ist der Auftragnehmer verpflichtet, eine Person einzusetzen, die über eine Qualifikation als Erzieher (m/w/d) oder Jugend- und Heimerzieher (m/w/d) oder eine gleichwertige Qualifikation verfügt und im Bereich der sozialpädagogischen Wohnformen nach § 13 Abs. 3 SGB VIII Berufserfahrungen von mindestens drei Berufsjahren nachweisen kann.

§ 17 Qualifikation des Küchen- und Servicepersonals

- 17.1 Für die Zubereitung der Mahlzeiten, den Wareneinkauf und die Lagerung der Lebensmittel wie auch für die Erstellung des wöchentlichen Speiseplanes ist mindestens eine Fachkraft einzusetzen, die über eine abgeschlossene Ausbildung als Koch (m/w/d) verfügt. Weiteres Küchen- und Servicepersonal, wie auch Hilfskräfte sind in einem Umfang zu beschäftigen, dass eine ordnungsgemäße Verpflegung der Schüler gewährleistet ist.

§ 18 Reinigung

- 18.1 Für die Reinigung des Schülerwohnheims ist geeignetes Personal in einem Umfang zu beschäftigen, dass eine ordnungsgemäße Reinigung des Schülerwohnheims gewährleistet ist.

§ 19 Auswahl des Personals

- 19.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Auswahl des Personals für die sozialpädagogische Betreuung der Schüler - mit Ausnahme des Heimleiters (siehe hierzu § 13) - den Landkreis nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen dieses Paragraphen zu beteiligen. Der Auftragnehmer hat die vollständigen Bewerbungsunterlagen der Person, die für einen Einsatz im Schülerwohnheim in Betracht gezogen wird, mindestens zwei Wochen vor Beginn der Tätigkeit der Person im Schülerwohnheim der Landkreisverwaltung vorzulegen.
- 19.2 Dem Landkreis steht das Recht zu, dem Einsatz der Person im Schülerwohnheim unverzüglich nach Vorlage der vollständigen Bewerbungsunterlagen aus wichtigem Grund schriftlich zu widersprechen. Erfolgt kein fristgerechter Widerspruch innerhalb von zwei Wochen seit der Vorlage

durch den Auftragnehmer, gilt die Zustimmung des Landkreises zum Einsatz im Schülerwohnheim als erteilt.

19.3 Sollte der Auftragnehmer Personal unter Verstoß gegen die Beteiligungsverpflichtung nach Abs.1 auswählen und einsetzen, so hat der Landkreis das Recht, dem Einsatz des so ausgewählten Personals jederzeit ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes schriftlich zu widersprechen. In diesem Fall hat der Auftragnehmer ohne schuldhaftes Zögern (unverzüglich) eine weitere Tätigkeit des Personals im Schülerwohnheim zu unterbinden.

19.4 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, insbesondere bei der Gefährdung der Betriebserlaubnis oder bei Vorliegen kündigungsrelevanter Aspekte bzw. Sachverhalte, nach schriftlicher Aufforderung des Landkreises Personal abzurufen. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um Personal für die sozialpädagogische Betreuung oder sonstiges Personal handelt. Die Verpflichtung besteht bereits dann, wenn der Landkreis das Vorliegen eines wichtigen Grundes im Sinne des S. 1 glaubhaft macht.

§ 20 Allgemeine Informationspflichten des Auftragnehmers

20.1 Der Auftragnehmer hat den Landkreis zu Beginn des Vertragsverhältnisses und ab diesem Zeitpunkt zum 31. Dezember eines jedes Kalenderjahres durch schriftliche Mitteilung umfassend über das zur Erbringung der geschuldeten Leistungen im Schülerwohnheim eingesetzte Personal zu informieren. Die Informationspflicht umfasst den Namen des eingesetzten Personals, die Funktion, den aktuellen Status des Beschäftigungsverhältnisses und - soweit erforderlich - die Nachweise über die erforderliche berufliche Qualifikation für die wahrgenommene Funktion und über die hinreichende Berufserfahrung.

Teil 3: Leistungspflichten des Auftragnehmers

§ 21 Art und Ziel des Leistungsangebots

21.1 Gegenstand der Leistungspflichten sind

Anlage B - LEQV

Dienstleistungen des Sozialwesens - Betrieb eines Schülerwohnheims

- 21.1.1 sämtliche erforderlichen Leistungen zum ordnungsgemäßen Betrieb (insbesondere Leitung, pädagogische Betreuung der Schüler, Verwaltung des Heimbetriebs, Reinigung, hauswirtschaftlicher Betrieb inkl. Essensversorgung, Facility Management und Services) des Schülerwohnheims als Unterkunft in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform nach § 13 Abs. 3 SGB VIII,
- 21.1.2 die Betreuung und Verpflegung von Schülern im Schülerwohnheim, die nicht dort untergebracht sind, sondern in externen Unterkünften, und die Organisation und Vermittlung dieser externen Unterkünfte, und
- 21.1.3 das Anbieten von Mittagessen im Schülerwohnheim an sonstige Personen, insbesondere an Tagesschüler und Lehrer, im Rahmen der Kapazitäten der Küche und der Lagerräume des Schülerwohnheims.
- 21.2 Die Leistungen nach Abs. 1.1 – 1.3 umfassen sämtliche erforderliche Leistungen, selbst wenn diese nicht ausdrücklich in den Vertragsgrundlagen beschrieben, aber aus der Sicht eines sachkundigen Auftragnehmers bei Vertragsschluss zur Herbeiführung des Gesamterfolges zu erbringen sind.
- 21.3 Ziel des Leistungsangebots nach § 13 Abs. 3 SGB VIII ist allgemein, den Schülern die notwendige Unterkunft, Verpflegung und sozialpädagogische Begleitung im Schülerwohnheim durch sozialpädagogisch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung zu stellen und dadurch insbesondere die Chancen für einen erfolgreichen Berufsstart zu verbessern. Mit dem Leistungsangebot sind insbesondere folgende Einzelziele zu erbringen:
 - 21.3.1 Förderung der Persönlichkeit der Schüler zur Ermöglichung eines selbstständigen und eigenverantwortlichen Lebens;
 - 21.3.2 Förderung der Motivation der Schüler und Unterstützung der Schüler durch sozialpädagogische Begleitung und Hilfestellung in Hinblick auf das Erreichen eines erfolgreichen Berufsschulabschlusses;
 - 21.3.3 Unterstützung der Schüler bei der Bewältigung und Strukturierung des Alltags;
 - 21.3.4 Förderung der Schüler bei dem Aufbau tragfähiger Beziehungen;

Anlage B - LEQV

Dienstleistungen des Sozialwesens - Betrieb eines Schülerwohnheims

- 21.3.5 Förderung der sozialen und individuellen Kompetenzen der Schüler wie Teamfähigkeit, Verlässlichkeit, Fähigkeit zur Selbstreflexion, Kritik- und Konfliktfähigkeit;
- 21.3.6 Vermittlung eines demokratischen Grundverständnisses.
- 21.4 Als Gegenleistung für die Umsetzung des Leistungsangebots zahlt der Landkreis dem Auftragnehmer ein Entgelt nach Maßgabe dieses Vertrages.
- 21.5 Dieser Vertrag ist das Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung, bei der der Zuschlag auf das Angebot des Auftragnehmers vom [...] (**Anlage 1**)¹ erteilt wurde. Soweit sich aus dem Angebot über diesen Vertrag hinausgehende Leistungszusagen ergeben, sind diese ebenfalls geschuldet und gehen diesem Vertrag vor.

§ 22 Bestandsverzeichnis

- 22.1 Der Landkreis übergibt dem Auftragnehmer zu Vertragsbeginn ein Bestandsverzeichnis des Schülerwohnheims (**Anlage 14**).
- 22.2 Der Auftragnehmer wird innerhalb von [zwei] Monaten nach Aufnahme des Betriebs des Schülerwohnheims eine Bestandsaufnahme durchführen und die Anlage 5 fortschreiben. Bei dieser Bestandsaufnahme werden Umfang und Zustand der vorhandenen Einrichtungsgegenstände im Schülerwohnheim (Mobiliar) und der Ausstattungsgegenstände für die Freizeitgestaltung gemeinsam festgestellt und in einem Bestandsverzeichnis dokumentiert. Der Landkreis unterstützt den Auftragnehmer hierbei.
- 22.3 Zur Wartung und Instandsetzung der Einrichtungsgegenstände im Schülerwohnheim (Mobiliar) ist der Auftragnehmer im Rahmen der Erbringung von Hausmeistertätigkeiten verpflichtet (siehe § 28). Hält der Auftragnehmer eine Ersatzbeschaffung unter Berücksichtigung der Vorgaben des jeweiligen Jahresbudgets für geboten, so teilt er dies dem Landkreis unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Kosten für die

¹ Das Angebot des obsiegenden Bieters wird Vertragsbestandteil.

Ersatzbeschaffung schriftlich mit. Stimmt der Landkreis der Ersatzbeschaffung zu, so hat der Auftragnehmer diese in weiterer Abstimmung mit dem Landkreis auf dessen Rechnung und Kosten durchzuführen.

- 22.4 Die Wartung, Instandsetzung und Ersatzbeschaffung von Ausstattungsgegenständen für die Freizeitgestaltung hat der Auftragnehmer auf Rechnung und Kosten des Landkreises unter Beachtung der entsprechend anzuwendenden Vorgaben nach Abs. 2, S. 2 und 3 durchzuführen.
- 22.5 Im Falle einer Ersatzbeschaffung und in sonstigen Fällen einer Veränderung des Bestands an Einrichtungsgegenständen (Mobiliar) oder an Ausstattungsgegenständen für die Freizeitgestaltung hat der Auftragnehmer das Bestandsverzeichnis zu aktualisieren und dem Landkreis auf Verlangen eine aktualisierte Fassung des Bestandsverzeichnisses zur Verfügung zu stellen.
- 22.6 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Landkreis einmal jährlich zum 31.12. eines jeden Kalenderjahres ein aktuelles Bestandsverzeichnis des Schülerwohnheims zu übermitteln. Das Bestandsverzeichnis muss den tatsächlichen Bestand an Einrichtungsgegenständen (Mobiliar) und Ausstattungsgegenständen für die Freizeitgestaltung zum Zeitpunkt der Übermittlung vollständig und zutreffend widerspiegeln.

§ 23 Sozialpädagogische Leistungspflichten

- 23.1 Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass die Heimordnung (**Anlage 3**) des Schülerwohnheims eingehalten wird.
- 23.2 Der Auftragnehmer hat die Aufsicht über die Schüler im Schülerwohnheim auszuüben und sie zu begleiten.
- 23.3 Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Schüler ihre ausbildungsrelevanten schulischen Lernziele erreichen und lernunterstützende Angebote der Schule wahrnehmen. Hierfür ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Berufsschulzentrum erforderlich. Die Schüler sollen durch unterstützende Zusatzangebote im Schülerwohnheim in die Lage versetzt werden, ihre persönlichen Kompetenzen zu erweitern.

- 23.4 Dazu zählen u. a. auch Präventionsangebote zu Themen wie Umgang mit berausenden Zuständen infolge von legalen und illegalen Suchtmitteln, Umgang mit persönlichen Krisen infolge von Mobbing und Gewalt, Weiterentwicklung und Erwerb von sozialen und kulturellen Kompetenzen, sinnvolle Freizeitgestaltung durch individual- und gruppenpädagogische Angebote.
- 23.5 Der Auftragnehmer hat das sozialpädagogische Konzept umzusetzen, das diesem Vertrag als **Anlage 6** beigelegt ist.

§ 24 Leistungspflichten der Heimleitung

- 24.1 Die Heimleitung hat sicherzustellen, dass sämtliche Anforderungen an den Betrieb gemäß der jeweils gültigen Betriebserlaubnis eingehalten werden. Hierzu hat der Heimleiter insbesondere folgende Leistungen zu erbringen:
- 24.1.1 Personalführung und -Steuerung, qualifizierte pädagogische Teamleitung.
- 24.1.2 Weiterentwicklung und Anpassung der Aufgaben an die konzeptionellen und betriebswirtschaftlichen Erfordernisse.
- 24.1.3 Regelmäßige Kooperation mit dem Träger, dem Berufsschulzentrum, der Regierung von Schwaben (Heimaufsicht), dem örtlichen Träger der Jugendhilfe, dem Gesundheitsamt und anderen Netzwerkpartnern, die als Qualitätssysteme für Schülerwohnheime in Bayern stehen (Qualitätssiegel).
- 24.1.4 Unterstützung bei Erbringung der unter § 23 aufgeführten Leistungen.
- 24.1.5 Abgabe von Rechenschaftsberichten im Kreistag und deren Ausschüssen des Landkreises Lindau (Bodensee), sowie gegenüber der Regierung von Schwaben (Heimaufsicht) zu der Betriebsführung.
- 24.1.6 Der Heimleiter wird dem Landkreis halbjährlich, jeweils zum 31.07. und zum 31.01. des auf das Berichtshalbjahr folgenden Kalenderjahres.

§ 25 Qualitätsentwicklung

- 25.1 Zur Qualitätsentwicklung hat der Auftragnehmer folgende Maßnahmen zu ergreifen;
 - 25.1.1 Elternarbeit nach Bedarf;
 - 25.1.2 Teambesprechungen im zeitlichen Umfang von mindestens zehn Stunden monatlich;
 - 25.1.3 Supervision im zeitlichen Umfang von mindestens 32 Stunden pro Jahr;
 - 25.1.4 Fortbildung im zeitlichen Umfang von mindestens 480 Stunden pro Jahr;
 - 25.1.5 Führen eines Dienstagebuchs;
 - 25.1.6 Führen von Dienstplänen;
 - 25.1.7 Führen von Anwesenheitslisten;
 - 25.1.8 Führen von Protokollen, Erstellen von Aktennotizen.
- 25.2 Weiter ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Qualitätsentwicklung nach Maßgabe des Konzepts Qualitätsmanagement/Qualitätsentwicklung zu betreiben, dass diesem Vertrag als **Anlage 7** beigelegt ist.

§ 26 Nachtbereitschaft

- 26.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Nachtruhe im Schülerwohnheim gemäß Heimordnung von den Schülern befolgt wird. Zu Vertragsbeginn sieht die Heimordnung eine Nachtruhe von 22:30 Uhr bis 6:00 Uhr vor.
- 26.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für die Dauer der Nachtruhe eine Nachtbereitschaft einzurichten. Die Nachtbereitschaft hat die Aufgabe, die Einhaltung der Heimordnung in ihrem Geltungsbereich sicherzustellen. Bei Auffälligkeiten oder im Bedarfsfall sind Kontrollgänge im Hauptgebäude und dem Nebengebäude durchzuführen.
- 26.3 Abweichend von Absatz 2 ist der Landkreis berechtigt, die Nachtbereitschaft in einen Nachtdienst umzuwandeln. Die Umwandlung bedarf einer schriftlichen Mitteilung an den Auftragnehmer. Die Umwandlung wird

mit dem in der Mitteilung bestimmten Zeitpunkt wirksam, frühestens jedoch vier Wochen nach Zugang der Mitteilung.

- 26.4 Im Falle der Umwandlung in einen Nachtdienst ist der Auftragnehmer verpflichtet, für die Dauer der Nachtruhe einen Nachtdienst einzurichten. Der Nachtdienst hat die Aufgabe, die Einhaltung der Heimordnung in ihrem Geltungsbereich sicherzustellen, was insbesondere durch regelmäßige Rundgänge im Hauptgebäude und dem Nebengebäude zu kontrollieren ist. Der Mitarbeiter des Nachtdienstes muss während des gesamten Dienstzeitraums in wacher Achtsamkeit verbleiben und die Situation im Schülerwohnheim aktiv überwachen.
- 26.5 Der Auftragnehmer ist berechtigt, eine Anpassung der Vergütung zu verlangen, soweit die Umwandlung in einen Nachtdienst zu einer wesentlichen Erhöhung des Personal- oder Sachaufwands führt. Die Parteien werden sich über die Höhe der Vergütungsanpassung einig. Kommt eine Einigung nicht zustande, bleibt es bei der vor der Umwandlung geltenden Vergütung.

§ 27 Reinigungsleistungen

- 27.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Schülerwohnheim sowie fachgerecht zu reinigen, auch an den Wochenenden sowie an Feiertagen. Die Glasreinigung ist nicht geschuldet.
- 27.2 Die Reinigungsleistungen haben nach den allgemein anerkannten Regeln der Reinigungstechnik zu erfolgen und müssen insbesondere den folgenden Qualitätsstandards entsprechen: alle zu reinigenden Flächen sind frei von sichtbarem Schmutz, Staub, Flecken und Verunreinigungen zu halten; Böden sind trocken, rutschfrei und sauber zu übergeben; Sanitärinstallationen sind desinfiziert und frei von Kalkablagerungen, Urinstein und anderen Verunreinigungen zu halten; Spiegel und glatte Flächen sind streifenfrei zu reinigen; Abfallbehälter sind zu leeren und bei Bedarf mit neuen Abfallbeuteln auszustatten. Die Reinigungsfrequenz und der Reinigungsumfang richten sich nach dem Reinigungsplan, den der Auftragnehmer dem Landkreis vorzulegen hat. Dieser Reinigungsplan wird diesem Vertrag als **Anlage 8** beigelegt. Der Landkreis kann Anpassungen des Reinigungsplans verlangen.

- 27.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Zuge der Reinigung der Wasch- und Toilettenräume des Schülerwohnheims diese in einem Umfang mit Hygieneartikeln, insbesondere mit Toilettenpapier, Papierhandtüchern und Seife, auszustatten, dass eine bestimmungsgemäße Benutzung der Wasch- und Toilettenräume bis zum nächsten Reinigungsvorgang gewährleistet ist.
- 27.4 Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet, das Gebäude Reutiner Straße 15 und 17, 88131 Lindau, nach Maßgabe dieses Paragraphen zu reinigen.

§ 28 Leistungen Facility Management und Services im Schülerwohnheim

- 28.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Schülerwohnheim und dem dazugehörigen Außenbereich allgemeine Hausmeistertätigkeiten auszuführen (Facility Management und Services). Zu diesen Hausmeistertätigkeiten zählen insbesondere die Wartung und Instandsetzung der Einrichtungsgegenstände im Schülerwohnheim (Mobiliar) und die Übernahme des Winterdienstes.
- 28.2 Im Rahmen der Übernahme des Winterdienstes sind die zum Schülerwohnheim dazugehörigen Außenflächen einschließlich der Treppen und Aufgänge durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch Schneeräumen und das Verstreuen von Salz (soweit rechtlich zulässig) und Split, dauerhaft schnee- und eisfrei zu halten.
- 28.3 Der Auftragnehmer übernimmt die Verkehrssicherungspflichten bezüglich des Gebäudes nebst den zugehörigen Außenanlagen. Der Auftragnehmer übernimmt insbesondere auch die Verkehrssicherungspflichten im Rahmen der von ihm zu erbringenden Leistungen für die an die Liegenschaft angrenzenden Straßen, Wege und sonstigen Verkehrsflächen, soweit diese Verkehrssicherungspflicht dem Landkreis als Anlieger aufgrund öffentlich-rechtlicher Normen oder Gemeindesatzung obliegt. Hierbei hat der Auftragnehmer für den Landkreis insbesondere die Verpflichtungen zu erfüllen, die den Landkreis als Anlieger gemäß der Verordnung der Stadt Lindau (Bodensee) über die Sicherung von Gehbahnen im Winter (Winterdienstordnung) vom 11. Februar 2021 oder einer Nachfolgeregelung treffen.

- 28.4 Bei der Ausführung der Hausmeistertätigkeiten hat der Auftragnehmer darauf zu achten, dass keine Maßnahmen ergriffen werden, welche Gewährleistungsrechte der GKWG Kreis-Wohnbau GmbH Lindau (B) in Bezug auf von Dritten erbrachte Leistungen zum Neubau bzw. Generalsanierung des Schülerwohnheims berühren können.
- 28.5 Diese Verpflichtung erstreckt sich nicht auf die Bauunterhaltung des Schülerwohnheims einschließlich der Vornahme von Schönheitsreparaturen und die Wartung und Instandsetzung der haustechnischen Anlagen.
- 28.6 Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet, im Gebäude Reutiner Straße 15 und 17, 88131 Lindau, und dem dazugehörigen Außenbereich allgemeine Hausmeistertätigkeiten nach Maßgabe dieses Paragraphen auszuführen.

§ 29 Verpflegung der Schüler und sonstiger Personen

- 29.1 Der Auftragnehmer hat die Verpflegung der Schüler durch Versorgung mit Mahlzeiten und Getränken sicherzustellen.
- 29.2 Der Auftragnehmer ist berechtigt, zur Versorgung der Schüler mit Mahlzeiten und Getränken die Küche, die Vorspülküche, den Vorbereitungsbereich wie auch die Kühl- und Lagerräume gemäß Küchenplan einschließlich der dort befindlichen Gerätschaften und Ausstattung zu benutzen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für eine ordnungsgemäße Reinigung zu sorgen.
- 29.3 Die Versorgung mit Mahlzeiten und Getränken hat abwechslungsreich, kalorisch ausreichend und qualitativ hochwertig zu sein und muss sich nach den D-A-CH-Referenzwerten für die Nährstoffzufuhr richten. Es sind überwiegend regionale Produkte zu verwenden. Etwaige besondere diätetische Bedürfnisse einzelner Schüler aus religiösen oder anderen Gründen hat der Auftragnehmer dabei stets zu berücksichtigen.
- 29.4 Der Auftragnehmer hat die Interessen der Schüler im Hinblick auf die Verpflegung stets angemessen zu berücksichtigen.

29.5 Folgende Mahlzeiten sind zu den genannten Zeiträumen für die Schüler im Schülerwohnheim zur Verfügung zu stellen:

1. Frühstücksangebot - 6:45 bis 7:30 Uhr (Montag bis Freitag);
2. Mittagessen (warme Speisen) - 12:00 bis 13:15 Uhr (Montag bis Donnerstag) sowie 12:00 bis 12:15 Uhr (Freitag);
3. Abendessen - 17:00 bis 17:45 Uhr (Montag bis Donnerstag) sowie 17:00 bis 17:15 Uhr (Freitag).

Soweit vom Landkreis in der Heimordnung Zeiträume bestimmt werden, die von den vorgenannten abweichen, gelten die in der Heimordnung bestimmten Zeiträume.

Der Auftragnehmer hat darauf hinzuwirken, dass grundsätzlich alle Schüler an den vorgenannten Mahlzeiten teilnehmen. Sofern im Einzelfall Schüler nicht an einer Mahlzeit teilnehmen können, beispielsweise, weil sie verfrüht abreisen oder an Veranstaltungen des Auftragnehmers teilnehmen, ist ersatzweise ein Lunchpaket anzubieten.

29.6 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Mittagessen im Schülerwohnheim nach Abs. 5 im Rahmen der Kapazitäten der Küche und der Lageräume des Schülerwohnheims (700 Mittagessen pro Tag) auch sonstigen Personen anzubieten, insbesondere an Tagesschüler und an Lehrer, die im Beruflichen Schulzentrum Lindau tätig sind. Der Auftragnehmer ist berechtigt, für jedes an Personen nach Satz 1 ausgegebene Mittagessen ein angemessenes Entgelt von der jeweiligen Person zu verlangen.

§ 30 Mittagsbetreuung

30.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Mittagsbetreuung durchzuführen.

30.2 Der Umfang und die Einzelheiten dieser Verpflichtung ergeben sich aus dem sozialpädagogischen Konzept, das diesem Vertrag als **Anlage 6** beigefügt ist.

§ 31 Freizeitangebote

- 31.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Freizeitangebote für die Schüler bereit zu stellen.
- 31.2 Der Umfang und die Einzelheiten dieser Verpflichtung ergeben sich aus dem sozialpädagogischen Konzept, das diesem Vertrag als **Anlage 6** beigefügt ist.

§ 32 Leistungen im Zusammenhang mit externen Schülern

- 32.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die externen Schüler nach Maßgabe der Vorgaben des VI. Abschnitts dieses Vertrages sozialpädagogisch zu betreuen und zu verpflegen.
- 32.2 Der Auftragnehmer ist, in Abstimmung mit dem Landkreis, verpflichtet eine ordnungsgemäße Unterbringung der externen Schüler außerhalb des Schülerwohnheims sicherzustellen. Hierzu hat der Auftragnehmer auf Verlangen des Landkreises insbesondere
 - 32.2.1 die Suche neuer Unterbringungsplätze für externe Schüler zu organisieren und durchzuführen,
 - 32.2.2 den Abschluss von Mietverträgen zwischen dem Landkreis und dem jeweiligen Vermieter vorzubereiten,
 - 32.2.3 am Abschluss von Mietverträgen unter Wahrnehmung einer vom Landkreis erteilten rechtsgeschäftlichen Vollmacht mitzuwirken,
 - 32.2.4 im Falle der Beendigung eines Mietverhältnisses die Abwicklung des Mietvertragsverhältnisses für den Landkreis zu übernehmen.
- 32.3 Eine Verpflichtung des Auftragnehmers zum Abschluss von Mietverträgen im eigenen Namen besteht nicht. Mietzinsen, die im Rahmen von Mietvertragsverhältnissen für die Unterbringung der externen Schüler zwischen dem Landkreis und dem jeweiligen Vermieter anfallen, begleicht der Landkreis.

§ 33 Verwaltung des Schülerwohnheims

- 33.1 Der Auftragnehmer ist zur Budgetverwaltung und zur Bewirtschaftung der vom Landkreis zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel nach Maßgabe der Hinweise zur Haushaltsplanung und zum Haushaltsvollzug, die diesem Vertrag als **Anlage 9** beigelegt sind, verpflichtet.
- 33.2 Bei der Bewirtschaftung muss der Auftragnehmer ferner die Vergaberichtlinien des Landkreises (**Anlage 10**) in ihrer jeweils gültigen Fassung beachten.
- 33.3 Die Abrechnung mit dem Freistaat Bayern führt der Landkreis durch. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Landkreis hierbei durch Vorbereitungsmaßnahmen und Zuarbeit zu unterstützen.
- 33.4 Der Auftragnehmer ist im Übrigen verpflichtet, allgemeine Verwaltungsaufgaben im Innenverhältnis zum Landkreis wahrzunehmen und die Buchhaltung zu führen.
- 33.5 Der Auftragnehmer ist weiter verpflichtet, in Verwaltungsangelegenheiten mit dem Mitarbeiter des Landkreises gemäß § 9 zusammenzuarbeiten. Soweit es der Auftragnehmer für sinnvoll erachtet, auch solche Verwaltungsleistungen zu erbringen, die gegenwärtig von der Mitarbeiterin des Landkreises erbracht werden, so hat er dies dem Landkreis mitzuteilen. Soweit auch der Landkreis eine Leistungserbringung durch den Auftragnehmer für sinnvoll erachtet, wird er diesbezüglich in Verhandlungen mit dem Auftragnehmer eintreten.

§ 34 Pflicht zur Vorlage von Konzepten

- 34.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Verlangen des Landkreises Konzepte zu einzelnen wesentlichen Aspekten des Betriebs des Schülerwohnheims vorzulegen und mit dem Landkreis inhaltlich abzustimmen.
- 34.2 Diese Verpflichtung umfasst insbesondere die Vorlage und Abstimmung
 - 34.2.1 eines Sicherheitskonzepts für den Umgang mit Krisen jedweder Art, insbesondere für den Fall eines Amoklaufs,

Anlage B - LEQV

Dienstleistungen des Sozialwesens - Betrieb eines Schülerwohnheims

- 34.2.2 eines Qualitätsmanagementkonzepts gem. DIN ISO oder vergleichbare Zertifikation,
- 34.2.3 eines Gesundheitsschutzkonzepts für den Fall des Ausbruchs einer Epidemie (insbes. Viruserkrankungen wie Covid-19),
- 34.2.4 eines HACCP Schulungskonzept des Personals (Hygieneschulungskonzept),
- 34.2.5 eines Brandschutzschulungskonzepts für die im Schülerwohnheim untergebrachten Schüler,
- 34.2.6 eines Sozialkompetenzschulungskonzepts für die im Schülerwohnheim untergebrachten Schüler.

§ 35 Leistungszeitraum; Anderweitige Nutzung

- 35.1 Die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen sind vom Auftragnehmer während 38 Kalenderwochen pro Jahr zu erbringen, und zwar außerhalb der Ferienzeiten im Freistaat Bayern. Zu den Ferienzeiten zählen:

1. Sommerferien: ca. 6 Wochen
2. Weihnachtsferien: ca. 2 Wochen
3. Winterferien: ca. 1 Woche
4. Osterferien: ca. 2 Wochen
5. Pfingstferien: ca. 2 Wochen
6. Herbstferien: ca. 1 Woche

Die jeweiligen genauen Ferienzeiten hat der Auftragnehmer den offiziellen Bekanntmachungen des Freistaats Bayern zu entnehmen.

- 35.2 Beabsichtigt der Auftragnehmer, das Schülerwohnheim außerhalb des Leistungszeitraums nach Abs. 1 zur Unterbringung und Verpflegung Dritter zu nutzen, so hat er dies dem Landkreis spätestens zwei Wochen vor Beginn der beabsichtigten Nutzung in Textform (§ 127 BGB) unter Angabe des Zwecks und der Dauer der Nutzung, der Art des unterzubrin-

genden Personenkreises und der Anzahl der unterzubringenden Personen anzuzeigen. Er hat die Zustimmung des Landkreises zu der beabsichtigten Nutzung einzuholen.

- 35.3 Der Landkreis hat das Recht, die Zustimmung zur beabsichtigten Nutzung aus wichtigem Grund zu versagen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn der Kreis der unterzubringenden Personen eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder eine übermäßige Nutzungsintensität des Gebäudes erwarten lässt.
- 35.4 Der Landkreis hat das Recht, die Zustimmung zur beabsichtigten Nutzung unter der Bedingung zu erteilen, dass sich der Auftragnehmer verpflichtet, vom Landkreis bestimmte Nutzungsaufgaben zu erfüllen. Erteilt der Landkreis die Zustimmung, so hat der Auftragnehmer das Recht zur Nutzung nach Maßgabe etwaiger Nutzungsaufgaben.
- 35.5 Für die Nutzung des Schülerwohnheims zur Unterbringung und Verpflegung Dritter hat der Auftragnehmer dem Landkreis ein Nutzungsentgelt zu bezahlen. Dieses Nutzungsentgelt beträgt EUR [...] pro untergebrachte Person und Nacht. Das vom Auftragnehmer geschuldete Nutzungsentgelt ist im Rahmen der Abrechnung mit der Vergütung des Auftragnehmers zu verrechnen.

Teil 3: Kostentragungspflichten und Vergütung

§ 36 Kostentragungspflichten des Auftragnehmers

- 36.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche durch die Leistungserbringung anfallenden Kosten zu tragen, soweit diese nicht gemäß den Regelungen dieses Vertrages ausdrücklich vom Landkreis zu tragen sind.
- 36.2 Insbesondere hat der Auftragnehmer folgende Kosten zu tragen:
- 36.2.1 Personalkosten
1. des sozialpädagogischen Betreuungspersonals,
 2. des Verwaltungspersonals,

Anlage B - LEQV

Dienstleistungen des Sozialwesens - Betrieb eines Schülerwohnheims

- 3. des Küchen- und Reinigungspersonals,
- 4. des Hausmeisterpersonals,
- 36.2.2 Lebensmittel- und Getränkekosten,
- 36.2.3 Kosten für Reinigungsmittel/-bedarf und Hygieneartikel (z. B. Toilettenpapier, Papierhandtücher, Seife).
- 36.2.4 Kosten für Reparaturen (Instandsetzung ohne Ersatzbeschaffung)
- 36.3 Vom Auftragnehmer **nicht** zu tragen sind Kosten:
 - 36.3.1 der Bediensteten des Landkreises, die im Schülerwohnheim tätig sind,
 - 36.3.2 der Bauunterhaltung des Schülerwohnheims einschließlich Schönheitsreparaturen,
 - 36.3.3 für Heizung, Strom, Wasser, Abwasser und Müllabfuhr,
 - 36.3.4 für die Ausstattung des Schülerwohnheims und für die Ersatzbeschaffung von Einrichtungsgegenständen im Schülerwohnheim (Mobiliar),
 - 36.3.5 für die Wartung, Instandsetzung und Ersatzbeschaffung der haustechnischen Anlagen,
 - 36.3.6 für die Wartung, Instandsetzung und Ersatzbeschaffung des Fuhr- und Geräteparks für die Durchführung des technischen Dienstes,
 - 36.3.7 für die Wartung, Instandsetzung und Ersatzbeschaffung der Ausstattungsgegenstände für die Freizeitgestaltung,
 - 36.3.8 für die Bereitstellung und Ersatzbeschaffung von Erste-Hilfe-Material nach DIN 13157 für die Mitarbeiter des Landkreises,
 - 36.3.9 für die Bereitstellung und Ersatzbeschaffung von Erste-Hilfe-Material nach DIN 13169 in den Ausbildungshallen für die Auszubildenden,
 - 36.3.10 für die Telefon- und Internetanschlüsse (Grundgebühr, Gesprächsgebühren, Flatrate),
 - 36.3.11 für den Rundfunkbeitrag für Fernseh- und Radiogeräte in den Aufenthaltsräumen der Schüler,

- 36.3.12 für stark verschmutzte Wäsche und Putzlappen, feuchte Handtücher etc., deren Reinigung keinen Aufschub duldet, stellt der Träger eine haushaltsübliche Waschmaschine, mindestens eine Industriewaschmaschine sowie einen Industrietrockner zur Verfügung.

§ 37 Vergütung des Auftragnehmers

- 37.1 Der Auftragnehmer erhält vom Landkreis für die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen folgende Teilpauschalen:

- 37.1.1 Sozialpädagogische Betreuungspauschale

Ein festes, jährliches Entgelt für sämtliche sozialpädagogische Leistungen, insbesondere gemäß § 23, § 24, § 25, § 26, § 30 und § 31 dieses Vertrages, in Höhe von pauschal EUR [...] inkl. USt. (Sozialpädagogische Betreuungspauschale).

- 37.1.2 Facility Management und Reinigungspauschale

Ein festes, jährliches Entgelt für sämtliche Leistungen gemäß § 27 und § 28 dieses Vertrages in Höhe von pauschal EUR [...] inkl. USt. (Facility Management und Reinigungspauschale).

- 37.1.3 Verwaltungspauschale

Ein festes, jährliches Entgelt für sämtliche Verwaltungsleistungen gemäß § 33 dieses Vertrages in Höhe von pauschal EUR [...] inkl. USt. (Verwaltungspauschale).

Mit den vorgenannten Teilpauschalen sind sämtliche Leistungen des Auftragnehmers hinsichtlich der in diesem Absatz aufgeführten Leistungen vollumfänglich abgegolten.

- 37.2 Die in Absatz 1 genannten Teilpauschalen sind in Teilbeträgen von je 1/12 jeweils zum Monatsende zur Zahlung fällig.

- 37.3 Der Auftragnehmer erhält darüber hinaus ein festes, jährliches Entgelt für die Verpflegung der zu betreuende Schüler nach folgender Maßgabe:

- 37.3.1 Pauschal EUR [...] inkl. USt. je tatsächlich ausgegebener Portion Frühstück inklusive Getränk;

Anlage B - LEQV

Dienstleistungen des Sozialwesens - Betrieb eines Schülerwohnheims

37.3.2 Pauschal EUR [...] inkl. USt. je tatsächlich ausgegebener Portion Mittagessen inklusive Getränk;

37.3.3 Pauschal EUR [...] inkl. USt. je tatsächlich ausgegebener Portion Abendessen inklusive Getränk.

Mit den vorgenannten Teilpauschalen für die Essensportionen sind sämtliche Leistungen des Auftragnehmers vollumfänglich abgegolten.

37.4 Die Teilpauschalen für die Essensportionen (Abs. 3) hat der Auftragnehmer jährlich nach tatsächlich nachgewiesener Ausgabe bis spätestens zum 31.01. des Folgejahres in einer prüfbaren Jahresabrechnung abzurechnen. Der Landkreis leistet monatliche Abschlagszahlungen auf die Jahresabrechnung, die jeweils zum Monatsende fällig sind. Die Höhe der Abschlagszahlungen beträgt 1/12 der Jahresabrechnung des jeweiligen Vorjahres. Für das erste Kalenderjahr der Vertragslaufzeit setzen die Parteien die Höhe der Abschlagszahlungen auf EUR [...] monatlich fest.

37.5 Ergibt die prüffähige Jahresabrechnung, dass die Summe der Abschlagszahlungen hinter den tatsächlich nachgewiesenen Ausgaben zurückbleibt, so wird die noch ausstehende Vergütung des Auftragnehmers binnen 30 Kalendertagen nach Erhalt der prüffähigen Jahresabrechnung zur Zahlung fällig. Ergibt die prüfbare Jahresabrechnung, dass die Summe der Abschlagszahlungen des Landkreises die tatsächlich nachgewiesenen Ausgaben übersteigt, so wird der Anspruch des Landkreises auf die Rückzahlung des überzahlten Betrages binnen 14 Kalendertagen nach Erhalt der prüffähigen Jahresabrechnung zur Zahlung fällig.

37.6 Rechnet der Auftragnehmer nicht fristgerecht ab, steht dem Landkreis ein Anspruch auf Rückzahlung der vereinnahmten Abschlagszahlungen zu.

§ 38 Anpassung der Vergütung

38.1 Die in § 37 Abs. 1 genannten Teilpauschalen (Sozialpädagogische Betreuungspauschale, Facility Management und Reinigungspauschale, Verwaltungspauschale, Pauschale für externe Schüler) werden jährlich zum 01.01. eines jeden Kalenderjahres angepasst.

- 38.2 Maßgeblich für die Anpassung ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI), wie er vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht wird. Als Bezugsgröße dient der Indexstand des Jahresdurchschnitts für das Vorjahr gegenüber dem Indexstand für das Jahr, in dem die letzte Anpassung vorgenommen wurde bzw. das Jahr des Vertragsbeginns.
- 38.3 Die Anpassung erfolgt nach folgender Formel:
- Neue Teilpauschale = Alte Teilpauschale × (VPI-Vorjahr / VPI-Basisjahr)***
- 38.4 Die Anpassung wird nur wirksam, wenn die Veränderung des Verbraucherpreisindex mindestens 2,0 % beträgt. Bei einer geringeren Veränderung entfällt die Anpassung für das jeweilige Kalenderjahr.
- 38.5 Der Auftragnehmer kann die Anpassung der Vergütung spätestens bis zum 30.09. eines Kalenderjahres für das folgende Kalenderjahr schriftlich geltend machen. Die Geltendmachung muss unter Vorlage des maßgeblichen Indexstands und einer Berechnung der neuen Vergütung erfolgen.
- 38.6 Die Anpassung wird mit dem 01.01. des folgenden Kalenderjahres wirksam. Eine rückwirkende Geltendmachung ist ausgeschlossen.
- 38.7 Sollten sich die für den Auftragnehmer maßgeblichen Tarifverträge (insbesondere die Arbeitsvertragsrichtlinien für Einrichtungen, die der Diakonie Deutschland angeschlossen sind) wesentlich ändern und dies zu einer über die Indexentwicklung hinausgehenden Kostensteigerung von mehr als 5,0 % führen, können die Parteien eine ergänzende Anpassung der Sozialpädagogischen Betreuungspauschale vereinbaren.
- 38.8 Voraussetzung hierfür ist, dass der Auftragnehmer die Kostensteigerung durch geeignete Unterlagen nachweist und die Parteien sich über die Höhe der Anpassung einig werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, bleibt es bei der Anpassung nach den Absätzen 1 bis 6.
- 38.9 Sollte der Verbraucherpreisindex für Deutschland abgeschafft oder in seiner Berechnungsmethode wesentlich geändert werden, verpflichten sich die Parteien, einen anderen geeigneten Preisindex zu vereinbaren,

der dem ursprünglichen Index wirtschaftlich am nächsten kommt. Bis zur Vereinbarung eines neuen Index erfolgt keine Anpassung.

- 38.10 Die Teilpauschalen für die Essensportionen nach § 37 Abs. 3 werden jährlich zum 01.01. eines jeden Kalenderjahres analog den Regelungen in den Absätzen 1 bis 6 angepasst.
- 38.11 Prüffähig im Sinne dieser Vorschrift bedeutet, dass die Rechnung so abgefasst sein muss, dass der Landkreis in die Lage versetzt wird, die abgerechnete Leistung und die Höhe der Vergütung sachlich und rechnerisch nachvollziehen und überprüfen zu können.

Teil 5: Sonstige Bestimmungen

§ 39 Weisungsrecht des Landkreises

- 39.1 Der Landkreis ist berechtigt, dem Auftragnehmer in Angelegenheiten des Schülerwohnheims Weisungen zu erteilen, auch hinsichtlich konkreter Einzelfälle. Dieses Weisungsrecht des Landkreises stellt kein unmittelbares arbeitsrechtliches Weisungsrecht gegenüber den Arbeitnehmern des Auftragnehmers dar.
- 39.2 Die Heimleitung ist vom Auftragnehmer entsprechend dieser Vorgaben anzuweisen. Der Landkreis wird bei der Ausübung seines Weisungsrechts die besondere pädagogische Kompetenz des Auftragnehmers berücksichtigen.

§ 40 Nachunternehmereinsatz

- 40.1 Der Auftragnehmer ist **nicht** berechtigt, die Leistungen nach § 23 (Sozialpädagogische Leistungen), § 24 (Leistungspflichten der Heimleitung), § 26 (Nachtbereitschaft), § 27 (Reinigungsleistungen), § 29 (Verpflegung der Schüler und sonstiger Personen), § 30 (Mittags- und Hausaufgabenbetreuung), § 31 (Freizeitangebote) und § 32 (Leistungen im Zusammenhang mit externen Schülern) dieses Vertrages von einem Nachunternehmer ausführen zu lassen. Für diese Leistungen gilt ausnahmslos ein Selbstausführungsgebot.

- 40.2 Sollte der Auftragnehmer für die Erbringung von nach diesem Vertrag geschuldeter Teilleistungen, die nicht dem Selbstausführungsgebot nach Abs. 1 unterliegen, einen Nachunternehmer einsetzen wollen, so muss er dem Landkreis diese Teilleistungen mitteilen und die Zuverlässigkeit und Eignung des Nachunternehmers nachweisen. Der Landkreis wird die Zustimmung zum Einsatz des Nachunternehmers erteilen, wenn der Dritte die notwendige fachliche und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit für die ordnungsgemäße Erbringung der Leistung gewährleistet.
- 40.3 Durch einen Nachunternehmereinsatzes bleibt die Gesamtverantwortung des Auftragnehmers für die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen unberührt. Der Auftragnehmer haftet für das Verhalten des Nachunternehmers, insbesondere für Fehlverhalten und vertragswidrige Leistungen.

§ 41 Vertragslaufzeit, Verlängerungsoption

- 41.1 Der Vertrag beginnt 01.01.2027 und endet am 31.12.2029.
- 41.2 Der Vertrag verlängert sich einmalig um ein Jahr, wenn er vom Landkreis nicht mit einer Frist von einem Jahr zum Vertragsende gekündigt wird.
- 41.3 Die ordentliche Kündigung ist ausgeschlossen.
- 41.4 Sollte der Auftragnehmer gegen eine oder mehrere der Hauptverpflichtungen verstoßen, ist der Landkreis vorbehaltlich weiterer etwaiger Rechte befugt, ihm eine angemessene Nachfrist zur Erfüllung der betreffenden Verpflichtungen zu setzen. Sollte diese angemessene Nachfrist fruchtlos verstreichen, ist der Landkreis berechtigt, den Vertrag außerordentlich fristlos zu kündigen und Schadensersatz zu verlangen.
- 41.5 Der Landkreis ist darüber hinaus berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne vorherige Nachfristsetzung außerordentlich fristlos zu kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn:
- 41.5.1 über das Vermögen des Auftragnehmers ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wurde;
- 41.5.2 der Auftragnehmer zahlungsunfähig ist oder die Zahlung eingestellt hat;

Anlage B - LEQV

Dienstleistungen des Sozialwesens - Betrieb eines Schülerwohnheims

- 41.5.3 der Auftragnehmer die Betriebserlaubnis für das Schülerwohnheim gefährdet;
- 41.5.4 der Auftragnehmer wiederholt schwerwiegend gegen seine vertraglichen Pflichten verstößt.
- 41.6 Die Kündigung bedarf der Schriftform (§ 126 BGB). Sie wird wirksam, wenn sie dem anderen Vertragspartner zugeht.
- 41.7 Im Falle der Kündigung bleibt der Anspruch des Landkreises auf Schadensersatz unberührt. Der Auftragnehmer hat dem Landkreis alle durch die Kündigung entstandenen Kosten zu ersetzen, soweit diese auf einer Vertragsverletzung beruhen.

Teil 6: Sorgfaltspflichten, Haftung, Versicherung, Datenschutz

§ 42 Sorgfaltspflichten

- 42.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, beim Betrieb und insbesondere bei der pädagogischen Leitung des Schülerwohnheims sämtliche nach dem Gesetz und den einschlägigen technischen Vorschriften bestehende Sicherheitsbestimmungen einzuhalten. Die gesetzlichen Bestimmungen betreffend den Gesundheitsschutz sind ebenfalls einzuhalten.
- 42.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Landkreis einen Verstoß gegen Bestimmungen gemäß § 40 Abs. 1 unverzüglich anzuzeigen. Die Parteien müssen im Falle eines solchen Verstoßes entsprechend ihren Aufgabengebieten und Zuständigkeiten Abhilfe schaffen und sich wechselseitig bestmöglich unterstützen.

§ 43 Haftung und Versicherung

- 43.1 Gegenüber dem Landkreis haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden, die von dem Auftragnehmer oder von Personal, das vom Auftragnehmer im Schülerwohnheim eingesetzt ist, verursacht werden.
- 43.2 Gegenüber Dritten haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Bestimmungen.

- 43.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für alle Schäden, die von dem Auftragnehmer oder von Personal, das vom Auftragnehmer im Schülerwohnheim eingesetzt ist, verursacht werden, einen Versicherungsstandard sicherzustellen, der dem der kommunalen Haftpflichtversicherung möglichst nahekommt. Die Heimleitung hat eine D & O-Versicherung abzuschließen.

§ 44 Datenverwendung und Datenschutz

- 44.1 Soweit die Parteien personenbezogene Daten verarbeiten, halten sie die Anforderungen der Datenschutzgrundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes ein. Insbesondere verpflichten sich die Parteien, die dem jeweils anderen Vertragspartner nach Art. 13 und/oder Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) obliegenden Informationspflichten gegenüber den eigenen Mitarbeitern, Erfüllungsgehilfen und Dienstleistern (betroffene Personen) zu erfüllen, wenn im Rahmen der Vertragserfüllung, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder zur Wahrung berechtigter Interessen personenbezogene Daten betroffener Personen von einem Vertragspartner an den jeweils anderen Vertragspartner weitergegeben werden und/oder betroffene Personen auf Veranlassung des einen Vertragspartners den jeweils anderen Vertragspartner kontaktieren.
- 44.1.1 Hierfür verwendet der Auftragnehmer, der die personenbezogenen Daten weitergibt bzw. auf dessen Veranlassung die Kontaktaufnahme erfolgt, das ihm vom Landkreis zur Verfügung gestellte Informationsblatt. Eine „Musterinformation Datenschutz für sonstige betroffene Personen“ ist diesem Vertrag als **Anlage 13 Information Datenschutz** beigelegt.
- 44.2 Der Auftragnehmer setzt technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um durch ihn oder externe Dienstleister verwaltete Daten gegen Manipulationen, Verlust, Zerstörung und gegen den Zugriff unberechtigter Personen zu schützen. Die Sicherheitsmaßnahmen werden entsprechend der technischen Entwicklung fortlaufend verbessert.
- 44.3 Der Landkreis schließt einen separaten Auftragsverarbeitungsvertrag mit dem Auftragnehmer. Der Landkreis und der Auftragnehmer benennen in **Anlage 13** den jeweils zuständigen Datenschutzbeauftragten.

§ 45 Vertragsänderungen und Gerichtsstand

- 45.1 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform (§ 126 BGB). Dies gilt auch für Änderungen dieses Schriftformerfordernisses. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- 45.2 Als Gerichtsstand vereinbaren die Parteien - soweit gesetzlich zulässig – Lindau (B).
- 45.3 Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

§ 46 Erhaltungs- und Ergänzungsklausel

- 46.1 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden oder sollte sich im Vertrag eine Lücke herausstellen, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt.
- 46.2 Sollte in der Vereinbarung ein regelungsbedürftiger Punkt nicht benannt oder nicht ausreichend geregelt worden sein, so verpflichten sich die Parteien, die Lücke im Sinne und Geiste dieser Vereinbarung durch eine ergänzende Regelung zu schließen. Dieser Vertrag ist nach den Grundsätzen verständiger und loyaler Kaufleute auszulegen und zu handhaben.
- 46.3 Sollten während der Vertragsdauer Umstände (wie rechtliche oder technische Normänderungen) eintreten, welche die wirtschaftlichen, technischen oder rechtlichen Auswirkungen dieses Vertrages wesentlich berühren, die aber in diesem Vertrag nicht geregelt oder die bei seinem Abschluss nicht bedacht worden sind, oder erweisen sich Bestimmungen dieses Vertrages für die Parteien (bezogen auf diesen Vertrag) als unzumutbar, so soll diesen Umständen nach Vernunft und Billigkeit durch Vertragsanpassung Rechnung getragen werden.
- 46.4 Die Partei, die sich auf derartige Umstände beruft, hat die hierfür erforderlichen Tatsachen darzulegen und nachzuweisen.



Anlage B - LEQV

Dienstleistungen des Sozialwesens - Betrieb eines Schülerwohnheims

Lindau, den

Ort, Datum

Ort, Datum

Landkreis Lindau (Bodensee), Stiftsplatz 4,
88131 Lindau (Bodensee)
Herr Landrat Elmar Stegmann

[Name des Auftragnehmers]

Teil 7: Anlagen

Die angeführten Anlagen sind Vertragsbestandteile:

- Anlage 1 -** Bezuschlagtes Angebot des Auftragnehmers
- Anlage 2** Bauliche Rahmenbedingungen der Erbringung des Leistungsangebots.
- Anlage 3 -** Heimordnung des Schülerwohnheims.
- Anlage 4 -** Personaleinsatzkonzept.
- Anlage 5 -** Betriebserlaubnis vom 19.07.2021, erteilt von der Regierung von Schwaben, Geschäftszeichen: RvS-SG13-6580.6-7/1/11.
- Anlage 6 -** Sozialpädagogisches Konzept.
- Anlage 7 -** Konzept Qualitätsmanagement/Qualitätsentwicklung.
- Anlage 8 -** Reinigungsplan für das Schülerwohnheim.
- Anlage 9 -** Hinweise zur Haushaltsplanung und zum Haushaltsvollzug.
- Anlage 10 -** Vergaberichtlinien des Landkreises.
- Anlage 11 -** Arbeitsvertragsrichtlinien für Einrichtungen, die der Diakonie Deutschland angeschlossen sind.
- Anlage 13 -** Informationen Datenschutz
- Anlage 13 -** Ansprechpersonen des Auftragnehmers und Landkreises
- Anlage 14 -** Bestandsverzeichnis Schülerwohnheim